

EINFACH & FAIR LEBEN

EINE WELT NACHRICHTEN
SACHSEN-ANHALT

Nr. 44

zum Thema
Fairer Handel &
Landwirtschaft



WER WIRD SIND UND WAS WIR WOLLEN

Das **EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt e. V. (ENSA)** vereint entwicklungspolitische Organisationen und Einzelakteur:innen in Sachsen-Anhalt. Es setzt sich in seiner Arbeit für globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung ein.

Die Schwerpunkte der Arbeit liegen in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, dem Globalen Lernen / BNE, dem Fairen Handel und nachhaltigem Konsum sowie dem Thema Nachhaltigkeit in der Wirtschaft.

Teil der Bildungsarbeit sind die „**Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage in Sachsen-Anhalt**“ (SAeBIT). Das Projekt ermöglicht Schüler:innen im Rahmen von Workshops und Projekttagen die Auseinandersetzung mit Themen und Inhalten des Globalen Lernens ebenso wie Fortbildungen für Lehrende und Multiplikator:innen.

Die **Fairhandelsberatung** unterstützt Weltläden durch Beratung und Informationsangebote zu Themen des Fairen Handels, sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung. Darüber hinaus richtet sich das Projekt an die breite Öffentlichkeit, um über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft zu informieren und das Bewusstsein für globale Zusammenhänge und unsere Rolle darin zu stärken.

Das EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt ist Träger des bundesweiten **Eine Welt - Promotor:innenprogrammes** in Sachsen-Anhalt. Die Netzwerkkoordination des Eine Welt Promotor:innenprogrammes in Sachsen-Anhalt koordiniert die Arbeit der Promotor:innen, der Projekte des

ENSA sowie deren Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Netzwerkes. Sie stellt im ENSA die Schnittstelle von der Landes- zur Bundesebene, der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) dar. Vier **Eine Welt-Regionalpromotor:innen** unterstützen und fördern entwicklungspolitisches Engagement in der Fläche des Landes. Sie initiieren Projekte und Aktionen in den Regionen, für die sie zuständig sind, und setzen sich mit ihrem Engagement vor Ort für globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung ein und sind bei regionalen Trägervereinen angesiedelt. Der **Fachpromotor „Global verantwortliches Wirtschaften & nachhaltige Beschaffung“** trägt das Thema Nachhaltigkeit in Unternehmen sowie in Politik und Verwaltung. Denn die negativen Auswirkungen globalen Wirtschaftens sind für Menschen und Umwelt, besonders in den Ländern des globalen Südens, katastrophal.

Neugierig geworden?



Unsere und weitere Termine aus dem Netzwerk finden sich auf unserer Webseite:



<https://www.einewelt-lsa.de>

EINFACH & FAIR LEBEN

EINE WELT NACHRICHTEN
SACHSEN-ANHALT

4**1 VORWORT****5****2 BEITRÄGE ZUM EU-MERCOSUR-ABKOMMEN**

2.1 Auswirkungen des EU-Mercosur Abkommens auf den Agrarhandel und die Ziele für nachhaltige Entwicklung – Zusammenfassung einer Studie (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und Germanwatch)

7

2.2 Interview mit Michael Drescher (IHK Halle-Dessau)

10

2.3 Interview mit Antônio Inácio Andrioli

14

2.4 Giftige Geschäfte - Das EU-Mercosur Handelsabkommen befördert Pestizidhandel, Umweltzerstörung und Entwaldung (PowerShift)

18

2.5 Interview mit Thomas Fritz (PowerShift)

20

2.6 Handelsabkommen bedroht die Souveränität der Völker, die Umwelt und soziale Rechte und schreitet weiter voran, ohne öffentliche Debatte (Rede Jubileu Sul Brasil)

22**3 ENSA-POSITIONSPAPIER**

Das EU-Mercosur-Abkommen aus entwicklungspolitischer Perspektive

28**4 PERSONALIEN**

Neuer Eine Welt-Regionalpromotor Ost

30**5 IMPRESSUM**

1 VORWORT

Liebe Leser:innen,

die Weltwirtschaft steht an einem Scheideweg. Während Handelsabkommen wie das zwischen der EU und den Staaten des Mercosur mit dem Versprechen von Wachstum und Wohlstand beworben werden, stellt sich die Frage, welchen Preis wir dafür zahlen: ökologisch, sozial und demokratisch.

Das geplante EU-Mercosur-Abkommen, dessen Ratifizierungsprozess am 03.09.2025 durch die EU-Kommission angestoßen wurde, berührt zentrale Fragen globaler Gerechtigkeit: Wie wollen wir in Zukunft wirtschaften, produzieren und konsumieren? Wie lässt sich Handel so gestalten, dass er nicht auf Kosten von Menschenrechten, Umwelt und Klima geht?

In diesem Rundbrief haben wir Stimmen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Landwirtschaft und Wirtschaft gesammelt, die sich diesen Fragen kritisch nähern. Sie zeichnen ein vielschichtiges Bild: Während Industrie- und Handelskammern auf neue Absatzmärkte und Chancen zur wirtschaftlichen Diversifizierung verweisen, warnen Organisationen wie PowerShift, Germanwatch oder Jubileu Sul Brasil vor gravierenden Folgen für Umwelt, Ernährungssouveränität und soziale Gerechtigkeit.

Die Analysen zeigen: Das Abkommen droht die bestehenden Ungleichheiten zwischen Nord und Süd weiter zu vertiefen. Der erleichterte Export von Agrargütern wie Rindfleisch, Soja und Zucker aus den Mercosur-Staaten geht einher mit Entwaldung, Pestizideinsatz und Landkonzentration. Gleichzeitig gefährden billige Importe bäu-

erliche Betriebe in Europa, die sich für eine nachhaltige, tiergerechte und faire Landwirtschaft einsetzen.

Das EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt engagiert sich seit vielen Jahren für globale Verantwortung und faire Wirtschaftsbeziehungen. Unser Leitmotiv bio - regional - fair steht dabei für ein anderes Verständnis von Handel: Eines, das ökologische Grenzen achtet, regionale Wertschöpfung stärkt und soziale Teilhabe weltweit ermöglicht.

Gerade vor dem Hintergrund der Klimakrise braucht es eine neue handelspolitische Richtung: Weg von reiner Marktlogik, hin zu Partnerschaften, die Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz verbindlich absichern. Das bedeutet auch, dass Handelsabkommen demokratisch verhandelt, transparent gestaltet und an Nachhaltigkeitszielen, etwa den SDGs, gemessen werden müssen.

Wir verstehen diesen Rundbrief als Beitrag zu einer notwendigen Debatte. Denn wie wir heute über Handel sprechen, entscheidet mit über die Lebensbedingungen kommender Generationen: in Europa, in Lateinamerika und überall auf der Welt.

Christopher Isensee

Eine Welt-Fachpromotor

„Global verantwortliches Wirtschaften
& nachhaltige Beschaffung“

 **Sachsen-
Anhalt entwickeln
für Eine Welt**

2.1 Auswirkungen des EU-Mercosur Abkommens

auf den Agrarhandel und die Ziele für nachhaltige
Entwicklung – Zusammenfassung einer Studie

(AbL und Germanwatch)



Hier geht es zur Studie:

Die beiden Wirtschaftsblöcke Europäische Union (EU) und Mercosur haben im Juni 2019 ihre 20 Jahre andauernden Verhandlungen über eine gemeinsame Freihandelszone beendet. Die Ratifizierung des EU-Mercosur-Assoziationsabkommens steht noch aus. Die vorliegende Studie untersucht, ob das Abkommen den Agrarhandel im Sinne der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) und des Klimaschutzes gestaltet. Anhand der zentralen Agrarhandelsgüter Rind-

fleisch, Milcherzeugnisse und Soja werden die Auswirkungen auf die Erreichung der SDGs in den Vertragsstaaten skizziert.

Rindfleisch wird bisher als sogenanntes sensibles Produkt der EU durch hohe Zölle vor billigeren Importen geschützt. Mit dem EU-Mercosur-Abkommen wird eine zusätzliche Quote von jährlich 99.000 Tonnen Rindfleisch mit geringem beziehungsweise gar keinem Zoll in die EU eingeführt. Der europäische Selbstversorgungsgrad von Rindfleisch liegt bereits bei 104 Prozent, sodass davon auszugehen ist, dass zusätzliche Importe zu Preissenkungen führen und mit dem europäischen Qualitätssegment in Konkurrenz treten werden.

Die für Milchprodukte vorgesehene gegenseitige Markttöffnung kann dafür sorgen, dass Exportmengen für EU-Käse um das 8-Fache, für EU-Milchpulver um das 13-Fache und für Säuglingsnahrung um das 1,8-Fache ansteigen. Die Erzeuger:innen, vor allem in Brasilien, werden durch diese EU-Importe einem höheren Preisdruck ausgesetzt. Eine Exportsteigerung führt auch bei den Betrieben in Deutschland nicht automatisch zu mehr

Wertschöpfung bei den Betrieben in Deutschland, da durch den bereits bestehenden Preisdruck eine stetige unzureichende Kostendeckung zu beobachten ist. Sojabohnen und -schrot sind gemessen am Einfuhrwert die wichtigsten Agrarimportprodukte der EU. Für Soja wird in der EU schon seit Jahrzehnten Zollfreiheit gewährt. Jedoch erheben Argentinien, Paraguay und Uruguay Exportsteuern, die durch das Abkommen abgebaut werden sollen. Der bisherige Sojaanbau in den Mercosur-Staaten geht mit zahlreichen negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen einher, wie Entwaldung, massivem Pestizideinsatz, Zerstörung von Ökosystemen sowie Menschenrechtsverletzungen.

Das EU-Mercosur-Abkommen wird in seiner derzeitigen Form im Bereich des Agrarhandels nicht zu einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne der SDGs beitragen. Es fehlen konkrete Instrumente zur effektiven Umsetzung der Bekenntnisse zum Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung. Zudem ist es zu empfehlen, weitere politische Prozesse, wie die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU oder das Lieferkettengesetz, ebenfalls im Sinne eines nachhaltigen Agrarhandels zwischen den Regionen auszurichten.

Friederike Teller und Katharina Brandt

Germanwatch e.V.

Berit Thomsen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL)



2.2 Interview mit Michael Drescher

(IHK Halle-Dessau)



Michael Drescher

Welche Bedeutung hat das EU-Mercosur-Abkommen für Ihre Mitgliedsunternehmen und die Region Sachsen-Anhalt?

Michael Drescher, Referent International der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau: Das EU-Mercosur-Abkommen würde die Diversifizierungsbemühungen der deutschen Wirtschaft und auch unserer Mitgliedsunternehmen unterstützen. Eine Umsetzung des Abkommens verbessert die Rahmenbedingungen für Exporte nach Südamerika wesentlich und erleichtert umgekehrt den Zugang zu wichtigen Rohstoffen wie seltenen Erden, Kobalt, Nickel, Eisenerz.

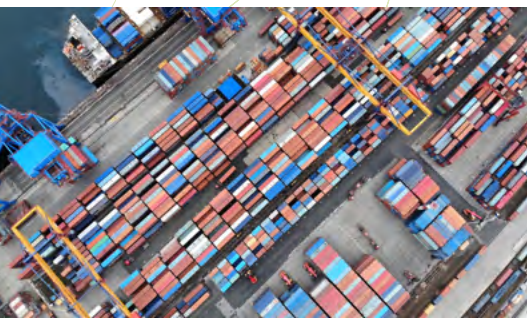
2023 wurden aus der Europäischen Union Waren im Wert von 96 Milliarden Euro in den Mercosur-Raum exportiert. Viele dieser Waren unterliegen momentan aber noch sehr hohen Einfuhrzöllen. Bei PKW liegt dieser z.B. bei 35 Prozent. Deshalb stagnieren die Einfuhren der EU in den Mercosur seit Jahren, während das Handelsvolumen zwischen Mercosur und China seit 2012 um 95 Prozent gewachsen ist.

Die wichtigsten Exportgüter Sachsen-Anhalts sind Chemikalien, Arzneimittel und Maschinen. Diese unterliegen Zöllen von 14 bis 20 Prozent. Das hat zur Folge, dass die Märkte Brasiliens, Argentiniens, Paraguays und Uruguays für die hiesige Wirtschaft in der Vergangenheit bisher relativ unattraktiv waren. Neben den Zöllen existieren zudem zahlreiche nichttarifäre Handelshemmnisse durch unterschiedliche technische Standards, begrenzte Zugänge zu öffentlichen Ausschreibungen und aufwändige Zollverfahren.

Sachsen-Anhalt exportierte 2024 laut Statistischem Landesamt lediglich Waren im Wert 96 Millionen Euro nach Brasilien, einem Markt mit über 210 Millionen Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt von über 2.000 Milliarden US \$. Die Exporte Brasiliens in unser Bundesland beliefen

sich im gleichen Zeitraum auf gerade einmal 39 Millionen Euro. Brasilien taucht in der Außenhandelsstatistik unseres Bundeslandes nicht einmal in den Top 30 auf. Argentinien, Paraguay und Uruguay sind nicht einmal in den Top 50.

Der schrittweise Abbau der Zölle würde Exporte und Importe erleichtern und die Verflechtung der Volkswirtschaften vertiefen. Zum Beispiel würden 350 europäische geografische Angaben und Ursprungsbezeichnungen vor Plagiaten und irreführenden Begriffen geschützt. Dies betrifft z.B. auch Halberstädter Würstchen, Salzwedler Baumkuchen, Heumilch oder Elbe-Saale-Hopfen.



Die Industrie- und Handelskammer sieht durch den Abbau von Handelshemmnissen Vorteile für beide Wirtschaftsregionen.

Foto: Довидович Михаил - stock.adobe.com

Welche Chancen sehen Sie durch den angestrebten Abbau von Handelshemmnissen?

Der Abbau von Handelshemmnissen würde für beide Wirtschaftsregionen große Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Die große Abhängigkeit von China ließe sich verringern. Auch würden EU und Mercosur resilienter gegen die aktuelle US-Zollpolitik und Verwerfungen in den Lieferketten, wie sie durch Pandemien, Kriege und Blockaden drohen.

Zudem ergeben sich attraktive Absatzmöglichkeiten für die Agrartechnikbranche, da viele Mercosur-Staaten zunehmend in moderne Produktionsverfahren investieren und deutsche Technologien in diesen Bereichen eine hohe Wertschätzung genießen.

Deutsche Agrarexporte, vor allem hochwertige Veredelungsprodukte, wie Milchprodukte, allen voran Käse, sowie Fleisch- und Wurstwaren könnten ebenfalls von einem erleichterten Marktzugang profitieren und auf künftige Absatzmärkte im Mercosur-Gebiet hoffen.

Auf Grund der geografischen Bedingungen (Sonne, Wind, Wasserkraft) bietet Südamerika zudem großes Potenzial für den Ausbau erneuerbarer Energien und die Gewinnung von grünem Wasserstoff, der in der EU zur Umsetzung der Energiewende benötigt wird.

Welche Risiken oder Herausforderungen spielen aus Ihrer Sicht eine Rolle?

Es wird von verschiedenen Seiten befürchtet, dass das EU-Mercosur-Abkommen die hiesige Landwirtschaft bedrohen könnte. Diese Ängste sind aber größtenteils unbegründet.

Sensible Agrarbereiche werden weiterhin wirksam geschützt. Der Marktzugang in die EU wird bei sensiblen Produkten wie Rindfleisch, Geflügel, Zucker und Ethanol durch Quoten begrenzt. Das Abkommen hat also keinen sofortigen Freihandel zur Folge.

Die Zölle werden nur langsam abgesenkt. Ein vergünstigter Zollsatz von 7,5 Prozent für den Import von Rindfleisch gilt z.B. nur für ein Kontingent von 99.000 Tonnen. Das entspricht lediglich 1,6 Prozent der gesamten europäischen Rindfleischproduktion.

Es ist also zu erwarten, dass wie bisher lediglich „Prime Cuts“ importiert werden.

Für Produkte aus dem Mercosur gelten bei ihrer Einfuhr in den Binnenmarkt die Gesundheits- und Pflanzenschutznormen der EU. Die Vertragsparteien haben also klare Umweltstandards festgelegt. Auch werden die Produkte den strikten Regeln zur EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) unterliegen.

Unternehmen, die Holz, Vieh, Kakao, Kaffee, Palmöl, Kautschuk und Soja sowie hieraus produzierte Erzeugnisse wie Leder, Möbel, Papier oder Schokolade importieren oder innerhalb der EU handeln, müssen gemäß der EUDR-Richtlinie künftig auch nachweisen, dass ihre Lieferketten entwaldungsfrei sind und sie alle Sorgfaltspflichten erfüllen. Die Vorgaben der EUDR werden durch das EU-Mercosur-Abkommen nicht abgeschwächt.

Die Einbeziehung von Nachhaltigkeitsaspekten in ein Handelsabkommen ist ein schwieriges Unterfangen. Es besteht die Gefahr des Aufbaus neuer Bürokratie und der Überfrachtung. Es setzt voraus, dass beide Seiten gleiche Schwerpunkte setzen und Übereinstimmung zu künftigen Entwicklungsstrategien erzielen werden. Die Mercosur-Staaten haben sich zu Recht jede Form der Bevormundung und des Neokolonialismus verboten.

Laut einer Studie der NGO Climate Policy Initiative (CPI) bietet z.B. Brasilien eine der umfassendsten Gesetzgebungen zum Schutz von Wäldern und zur nachhaltigen Landnutzung.

Darüber hinaus setzt Brasilien zunehmend, entgegen landläufiger Stereotype, mehr auf Produktivitätssteigerung als auf Flächenausdehnung. Dies erfolgt etwa durch die Entwicklung tropentauglicher Sorten

und die nachhaltige Intensivierung der Produktion.

Ein weiteres Beispiel: Uruguay hat sich durch ein nationales Programm für nachhaltige Viehwirtschaft hervor getan, welches darauf abzielt, die Fleischproduktion umweltfreundlicher zu gestalten, indem es Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen und zur Verbesserung des Weidemanagements implementiert.

Es steht also den Europäern nicht zu, als letzte moralische Instanz für Nachhaltigkeit und Klimaschutz aufzutreten. Europäische Regeln sind nicht automatisch das Nonplusultra für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung!

In Bezug auf den Klimaschutz ist zudem das Pariser Klimaabkommen ausdrücklich als ein elementarer Vertragsbestandteil im Abkommen verankert worden. Die durch das Handelsabkommen gewährten Handelsvorteile können im Falle des Austritts aus dem Pariser Klimaabkommen oder bei bestimmten Verstößen gegen die darin enthaltenen Vereinbarungen ausgesetzt werden. Letztlich hängt der Erfolg des Abkommens davon ab, wie konsequent hohe Standards durchgesetzt werden können und ob die eingerichteten Schutzmechanismen greifen.

Die Chancen des EU-Mercosur-Abkommens überwiegen aus unserer Sicht eindeutig die Risiken. Dies erst recht, weil der Ausbau des multilateralen Handels auf WTO-Ebene durch die Blockade der USA zum Stillstand gekommen ist.

2.3 Interview mit Antônio Inácio Andrioli



Antônio Inácio Andrioli

Foto: Michael Klein, Brot für die Welt

Antonio Inácio Andrioli, 1974 in Campina das Missões (Brasilien) geboren, ist Agrar-Ökologe, Philosoph, Autor und Aktivist. Mit einem Master in naturwissenschaftlicher Pädagogik und einer Promotion in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück (2006) hat er sich international einen Namen gemacht, insbesondere durch seine Forschung zu transgenen Sojabohnen und deren sozialen sowie ökologischen Folgen für die brasilianische Landwirtschaft.

Welche Chancen und Risiken sehen Sie beim Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Ländern?

Antônio Inácio Andrioli: Durch das Freihandelsabkommen der EU mit dem Mercosur ist vorgesehen, mehr billiges Fleisch und Soja aus Lateinamerika zu importieren, also ausgerechnet Produkte, die vor Ort mit Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen verbunden sind. Die Entwaldung des Amazonasbeckens und des Cerrado hat größtenteils mit der zunehmenden Ausweitung der Rinderzucht und der Monokulturen zu tun, eine Art landwirtschaftlicher Produktion, die in den lateinamerikanischen Ländern unter den schlimmsten Produktionsbedingungen stattfindet.

Das Mercosur-Abkommen steht also im Widerspruch zu den wichtigsten Veränderungen, die in den letzten Jahrzehnten zu Gunsten des Klimaschutzes in Europa erreicht wurden. Billige Futtermittel, die in Europa die Massentierhaltung fördern, werden meist aus gentechnisch veränderten Pflanzen mit hoher Pestizidbelastung hergestellt, was aber den Wünschen der Verbraucher in Europa widerspricht. Es hat also keinen Sinn, in Europa den Einsatz von Gentechnik und Pestiziden beim Anbau zu verhindern, wenn diese Produkte zunehmend durch die Hintertür hereinkommen, sei es über die Futtermittel oder sogar als

billiges Fleisch, das aus der Massentierhaltung Südamerikas ankommt. Die sozialen und ökologischen Folgen dieser Importe müssen unbedingt berücksichtigt werden. Ebenso müssen die Energiekosten, wie z.B. durch den Transport, berücksichtigt werden, denn Produkte, die nach langer Reise auf die lokalen Märkte kommen, sind zweifellos mit einer riesigen Menge fossiler Energie verbunden. Mehr Autos nach Lateinamerika zu exportieren, steht auch im Widerspruch zum Anspruch der Länder, die sich mit dem Pariser Klimaschutz-Abkommen verpflichtet haben, die CO₂-Emissionen erheblich zu reduzieren.

Außerdem führt die Einfuhr von Industriegütern aus Europa zur Zerstörung der Industrie in den Ländern des Südens, die nicht in der Lage sind, mit den europäischen Produkten zu konkurrieren. Die absehbaren Folgen davon sind mehr Arbeitslosigkeit, weniger Steuereinnahmen, mehr Verschuldung und die Reduzierung der Sozialleistungen des Staates. Somit kann kein gerechter und umweltverträglicher Handel zwischen Nord und Süd stattfinden, was nur zu noch mehr sozialen und politischen Konflikten in und zwischen den Ländern führt. Ähnlich wie bei CETA und TTIP sind dadurch keine Chancen für eine sozial und ökologisch gerechte Partnerschaft zu sehen. Die einzigen wenigen Gewinner davon werden die internationalen Konzerne und die Großgrundbesitzer:innen sein, während Natur, Konsument:innen und besonders Kleinbauern und Kleinbäuerinnen auf beiden Seiten erheblich negativ betroffen werden.

Worum geht es bei dem Abkommen?

Man nennt es Freihandel, aber es ist eigentlich die Fortsetzung eines ungerechten Welthandels zwischen zwei sehr ungleichen Kontinenten. Im Grunde sollen die Importe

von Bodenschätzen und Agrarprodukten aus Lateinamerika in die EU und der Export von Industriegütern, insbesondere Autos, Autoteile, Textilien und Pharmaprodukte nach Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay erleichtert werden. In maximal 15 Jahren sollen die sogenannten komparativen Vorteile der beiden Wirtschaftsblöcke so ausgebaut werden, dass sich beide auf jegliche Produkte konzentrieren, die sie mit den geringsten Kosten herstellen können. Historisch ist daran gar nichts neu, denn die Naturressourcen Lateinamerikas werden seit Jahrhunderten von Europa ausgeplündert. Neu daran ist, dass Regierungen es anscheinend zunehmend akzeptieren, noch mehr von großen internationalen Konzernen abzuhängen und deren Wachstumszielen zu folgen, die noch existierenden Naturressourcen möglichst effektiv in Profit umzusetzen und dazu beizutragen, dass die Ungleichheit zwischen den Kontinenten weiter zunimmt. Regierungen in Europa scheinen in Kauf zu nehmen, dass für den Preis des Absatzes ihrer Industriegüter eine regionale, umweltschonende und sozial verträgliche Landwirtschaft aufgegeben wird, die jedoch von den meisten Konsument:innen in Europa gewünscht wird.



Durch die Ausweitung von Monokulturen in den Mercosur-Ländern droht die Entwaldung des Amazonasbeckens und des Cerrado fortzuschreiten.

Foto: Imago Photo – stock.adobe.com

Welche Bedeutung hat das EU Mercosur Abkommen aus der Perspektive landwirtschaftlicher, indigener oder ländlicher Gemeinschaften vor Ort?

Das Mercosur-Abkommen setzt auf die Fortsetzung der industriellen Landwirtschaft, die längst als gescheitert gilt und nicht mehr zukunftsfähig ist. Den Bauern und Bäuerinnen wird es auf beiden Kontinenten schaden und sicherlich das weltweite Hörfesterben vorantreiben. Somit ist auch die Ernährungssouveränität der Länder erheblich gefährdet. Billiges Fleisch aus Lateinamerika wird die lokale Produktion in Europa erschweren und sicherlich eine Einhaltung der bisher eingeführten Standards beeinflussen, wie z.B. die artgerechte Tierhaltung, denn die Preise werden durch ein massives Überangebot weiter nach unten gedrückt. Es werden noch mehr Futtermittel importiert, die aus gentechnisch veränderten Pflanzen wie Soja und Mais bestehen, die auch stark mit Pestiziden belastet sind, von denen viele in Europa längst verboten sind. Der zunehmende Export von Futtermitteln führt zur Ausweitung von Monokulturen in Ländern wie Brasilien, wodurch immer weniger Nahrungsmittel für die Bevölkerung angebaut werden und die Entwaldung zunimmt. Für die Bauern und Bäuerinnen in Lateinamerika wird der Druck auf ihr Land auch immer größer, Natur- und Indigenen-Reservate werden bedroht, und die zunehmende Landkonzentration führt zu mehr Armut und Hunger in dem Land. Das Amazonasbecken und den Cerrado für die billige Fleischproduktion zu opfern, hat auch direkte Auswirkungen auf die weltweite Klimakatastrophe. In Brasilien gehören die Rinderherden und die intensive Landwirtschaft zu den wichtigsten Treibern der Entwaldung des Regenwaldes. Brasilien ist Weltmeister beim Einsatz von Pestiziden. Noch nie in der Geschichte des Landes wurden so viele Pestizide neu zugelassen wie derzeit. Das

Mercosur-Abkommen, das die bäuerliche Landwirtschaft sowohl in Europa als auch in Lateinamerika zerstört, muss unbedingt gestoppt werden.

Was kann Deutschland für die Landwirtschaft in Brasilien tun? Wie würde sich eine Agrarwende positiv auf die Landwirtschaft in Brasilien/Südamerika auswirken?

Das Mercosur-Abkommen zu verhindern, wie es derzeit geplant ist, gehört zu den wichtigsten Maßnahmen unserer Zeit, um den Naturschutz und die Menschenrechte auf beiden Seiten des Atlantiks zu fördern. Denn Autos und Industriegüter aus Deutschland gegen billiges Fleisch und Soja aus Brasilien zu tauschen, schadet den Bauern und Bäuerinnen sowohl hier als auch dort. Eine Veränderung der internationalen Agrarpolitik zugunsten einer regionalen Landwirtschaft, also eine Abkehr von der Agrar-Globalisierung könnte eine Lösung sein. Konkrete Ansätze wie die Reduzierung des Fleischkonsums, der Massentierhaltung und der Sojaimporte, wenn sie mit Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung verbunden sind, könnten erheblich dazu beitragen, dass die Bauern und Bäuerinnen in Brasilien, ebenso wie in Europa, bessere Chancen haben. In Europa müssen Tierprodukte immer noch nicht gekennzeichnet werden, wenn den Tieren gentechnisch verändertes Futtermittel verfüttert wurde. Das ist ein Schlupfloch, das gestopft werden muss, denn dadurch werden die Verbraucher getäuscht und betrogen. Eine Kennzeichnung von genmanipulierten Tierprodukten hätte auch positive Auswirkungen auf die Landwirtschaft in Brasilien, und dazu kann Deutschland entscheidend beitragen. Auch die finanzielle Unterstützung der Bauern und Bäuerinnen beim Übergang zum Ökolandbau in Deutschland wäre eine wichtige Maßnahme, denn solche Veränderungen

in Europa wirken vorbildlich positiv auf die Erhaltung einer klein strukturierten bäuerlichen Landwirtschaft in Lateinamerika, die letztendlich für die Produktion der meisten Lebensmittel in den Ländern zuständig ist. Das Wissen über den Ökolandbau kann auch den lateinamerikanischen Bauern und Bäuerinnen dabei helfen, nachhaltiger zu produzieren, sich besser und gesünder zu ernähren und ein gerechteres Einkommen zu erzielen. Die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen mit dem Ziel, agrarökologische Produktionsmethoden zu entwickeln, wäre in Lateinamerika sehr wichtig. Bei dessen Ausbau könnte das BMZ vielleicht einen wichtigen Beitrag für eine solidarische Welt in den Ländern des Südens leisten. Die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft weltweit, die mit gesunden Böden das Klima schützt, ist die beste Maßnahme für eine zukunftsfähige Lebensmittelproduktion und gleichzeitig für den Umweltschutz und einen gerechten Welthandel.

Eine sozial gerechte und ökologische EU-Agrarreform sollte darauf basieren, kleine Bauernhöfe zu fördern, Insekten zu schützen und das Klima zu retten. Alternativen sind vorhanden, aber Regierungen müssen stärker die Initiative ergreifen, denn sie verfügen über Steuerungsinstrumente. Schulen und alle staatlichen Einrichtungen könnten z.B. ihre Lebensmittel für Kantinen und Mensen direkt von den Bauern und Bäuerinnen oder deren Kooperationen kaufen anstatt von Konzernen. Eine gute Erfahrung haben wir in Brasilien mit dem Schulspeisegesetz gemacht, und wir könnten sicherlich vieles voneinander lernen.

Deshalb sollten die Entscheidungen nicht den Konzernen und deren Lobbyisten überlassen werden, denn sie folgen ganz anderen Interessen, als sie der gesamten Gesellschaft entsprechen. Deshalb ist die

Verhinderung des Mercosur-Abkommens auch ein Zeichen für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit!



Brasilien zwischen Hoffnung und Illusion. Kritische Blicke auf ein Land in der (Öko-) Krise

Brasilien ist ein Land mit ausgeprägter sozialer Ungleichheit. Gleichzeitig verfügt es über enorme Naturressourcen und sehr unterschiedliche Klimazonen, die eine riesige biologische Vielfalt hervorgebracht haben und den Anbau fast aller Kulturpflanzen ermöglichen. Die Wirtschaftsstruktur aber ist nach wie vor stark von Agrarexporten geprägt, basierend auf Monokulturen wie Kaffee, Soja und Zuckerrohr. Somit wurde das Land zunehmend für Entwaldung, Landkonzentration, Korruption, Pestizideinsatz und Vertreibung indigener Völker bekannt.



Hier geht's zum Buch:

2.4 Giftige Geschäfte

Das EU-Mercosur Handelsabkommen befördert Pestizidhandel, Umweltzerstörung und Entwaldung (PowerShift)

„Ein Meilenstein für die wirtschaftliche Zukunft der EU“, so pries EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen das Handelsabkommen mit den südamerikanischen Ländern des Mercosur, Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Dessen Ratifizierungsprozess wurde am 3. September, nach mehr als 25 Jahren Verhandlungen, eingeleitet und muss nun von den Regierungen der 27 Mitgliedsstaaten angenommen werden.

Die Europäische Kommission bewirbt das Abkommen mit erwarteten vier Milliarden Euro an Kostenersparnis aufgrund der wegfallenden Zölle und mit neuen Geschäftsmöglichkeiten für europäische Unternehmen in einem Markt von fast 300 Millionen Konsument:innen. Zivilgesellschaftliche Organisationen beiderseits des Atlantiks äußern jedoch seit Jahren Kritik und fordern einen Neustart der Verhandlungen auf Grundlage eines Mandats, dessen Fokus auf der Herstellung eines ausgewogenen, die planetaren Grenzen berücksichtigenden Handels zwischen den Wirtschaftsblöcken liegt. Das von der Europäische Kommission präsentierte Abkommen verfehlt diese Anforderungen maßgeblich.

Denn das Handelsabkommen wird das umwelt- und gesundheitsschädigende Landwirtschaftsmodell des Mercosur vertiefen, das auf dem Anbau von Monokulturen wie Soja und Zuckerrohr beruht und auf die massive Anwendung von Pestiziden angewiesen ist. Bestehende Importzölle in die EU auf Sojaöl werden mit dem Abkommen abgeschafft, Einfuhrquoten von Agrarethanol und Agrardiesel ausgebaut. Argentinien, eines der Hauptexporteure von Soja in die EU, wird zudem seine Exportsteuern auf Soja drastisch senken, was deren Anbau noch attraktiver macht. Gleichzeitig werden durch das Abkommen die Importzölle des Mercosur auf Pestizide abgeschafft. Dadurch ist es für europäische Unternehmen wie Bayer und BASF noch lukrativer, diese Agrargifte zu exportieren, auch solche, die in der EU aufgrund ihrer Schädlichkeit für Mensch und Umwelt nicht zugelassen sind.

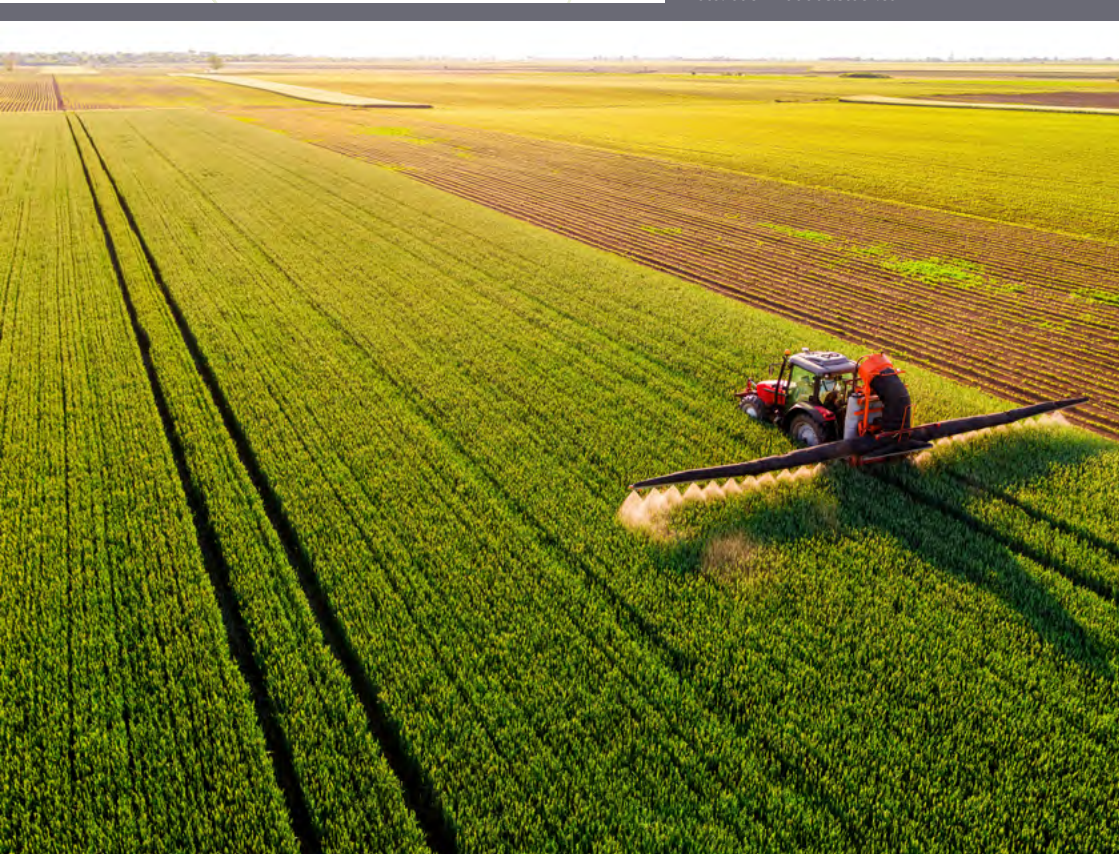
In den letzten 20 Jahre ist die jährliche Nutzung von Pestiziden in Brasilien von 140.000 Tonnen auf über 800.000 Tonnen angestiegen. 2023 verfügten etwa 63 Prozent der in Brasilien zugelassenen Pestizidwirkstoffe über keine korrespondierende Zulassung in der EU. In Argentinien werden inzwischen mehr als drei Mal so viele Pes-

tizide aufgebracht wie noch vor zwei Jahrzehnten (über 260.000 Tonnen). Zum Vergleich, in Deutschland werden nicht einmal 50.000 Tonnen Pestizide jährlich verwandt und selbst im Agrarland Frankreich sind es weniger als 70.000 Tonnen. Dieser massive Anstieg bleibt nicht ohne Folgen. Allein zwischen 2009 und 2019 wurden in Brasilien über 4.300 Pestizidvergiftungen pro Jahr registriert. Die Dunkelziffer ist hoch. Zudem sind Fehlgeburten und Kinder, die mit Missbildungen auf die Welt kommen oder chronische Krankheiten entwickeln, in Gemeinden in der Nähe von aus der Luft mit Pestiziden besprühten Feldern (eine in der EU verbotene Praxis) um ein Vielfaches höher als im Durchschnitt, wie unter anderem Untersuchungen aus Argentinien zeigen.

Es kann nur als zynisch bezeichnet werden, wenn die Europäische Kommission nun solch ein giftiges Abkommen auf den Weg bringt, und es gleichzeitig als nachhaltig verkauft. Zwar verweist sie bei ihren Ankündigungen zum Abkommen auf die im Februar 2025 veröffentlichte „Vision für Landwirtschaft und Ernährung“, die Vorlage für die Verhandlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Union, in der sie angibt, die Ausfuhr gefährlicher Chemikalien, einschließlich der Pestizide, die in der EU verboten sind, prüfen zu wollen. Ob es soweit kommt, ist völlig unklar, zumal sie dies bereits in ihrer Chemikalienstrategie 2020 ankündigte, ohne Taten folgen zu las-

Die jährliche Nutzung von Pestiziden ist in Brasilien und Argentinien in den letzten zwei Jahrzehnten um ein Vielfaches gestiegen.

Foto: oticki – adobe.stock.com



sen. Die gesundheitliche Schädigung von Menschen in den Ländern des Mercosur, der Verlust von Artenvielfalt, die Kontamination des dortigen Grundwassers sind Kollateralschäden dieses an Profitmaximierung orientierten Abkommens.

Doch auch europäische Konsument:innen nehmen von diesem Handel Schaden. Denn über Rückstände auf Reimporten von Obst, Gemüse und anderen Produkten nehmen auch sie die schädlichen Pestizide zu sich. Das die Europäische Kommission über dieses Problem Bescheid weiß, belegt ihre Ankündigung, Folgenabschätzungen durchführen zu wollen, um das Ausmaß der Reimporte von in der EU nicht zugelassenen Pestiziden über Lebensmittel zu erfassen und, falls notwendig, Maßnahmen, zu ergreifen. Auch Einfuhrkontrollen sollen ausgebaut werden. Dabei handelt es sich aber vorerst um wohlfeile Versprechungen, die im Widerspruch zum Abkommen stehen. Denn das Kapitel zu Pflanzengesundheit sieht vor, die Kontrollen von Importen aus dem Mercosur möglichst abzubauen. Einseitige Maßnahmen, die dazu geeignet sind, den Import von Produkten aus dem Mercosur einzuschränken, könnten zu Handelsstreitigkeiten und Vergeltungsmaßnahmen von Seiten der südamerikanischen Länder führen. Dabei wäre der erst im Dezember 2024 hinzugefügte Ausgleichsmechanismus des Abkommens behilflich. Dieser besagt, dass eine Vertragspartei ein Streitschlichtungsverfahren bereits dann aktivieren kann, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Maßnahme der anderen Partei die ihr gewährten Vergünstigen „zunichthemacht oder substantiell schädigt“, wodurch der bilaterale Handel eingeschränkt wird. Brasilien feierte diesen bereits als „*beispiellosen Mechanismus (...)*“, der einseitige Maßnahmen einer der Vertragsparteien verhindert, durch die das im Abkommen festgelegte Gleichgewicht gefährdet werden könnte (...). Dies betrifft

selbstredend nicht nur Maßnahmen zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung, sondern auch zukünftige Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

Doch der Schutz von europäischen Konsument:innen ist nicht das einzige Versprechen der Europäischen Kommission, dessen Umsetzung durch das Abkommen in Frage gestellt wird. Neben dem Ausbau der landwirtschaftlichen Monokulturen im Mercosur, setzt das Abkommen nämlich auch Anreize für mehr Rinderviehzucht, weil zollvergünstigte Quoten ausgeweitet werden. Sie ist einer der Haupttreiber der Abholzung von Wäldern im Mercosur, darunter des Amazonas Regenwaldes und des Gran Chaco in Paraguay und Argentinien. Mit der europäischen Entwaldungsverordnung wollte die EU erreichen, den Import von auf Entwaldung basierenden Produkten zu minimieren. Denn dort besteht großer Nachholbedarf. Die EU ist der zweitgrößte Importeur von Produkten, die auf Entwaldung zurückgehen. Dies betrifft etwa 15% der gesamten EU-Importe, besonders von Kakao, Sojabohnen, Palmöl, Kaffee und Rindfleisch. Ein Großteil davon kommt aus Ländern Lateinamerikas, wobei Brasilien, Argentinien und Paraguay die Hauptherkunftsländer dieser Produkte sind. Jüngste Untersuchungen der französischen Organisation Canopée gehen davon aus, dass das Abkommen zu einer zusätzlichen Abholzung von 700.000 Hektar Wald führen könnte. Das entspricht 66 Mal der Fläche von Paris. Brasilien ist eines der Länder, in denen die Abholzung von Urwäldern zur Produktion von für den Export bestimmten Gütern am schnellsten vorangeht. Trotzdem hat die Europäische Kommission das Land im Rahmen der kürzlich vollzogenen Einstufung im Rahmen der Entwaldungsverordnung als Standardrisikoland eingestuft. Auch, weil die EU und der Mercosur im Anhang zum Nachhaltigkeitskapitel des Abkommens vereinbart hatten, dass dieses

positiv in die Risikobewertung einfließen würde. Damit untergräbt das Abkommen die Bemühungen, den Import von auf Entwaldung beruhenden Gütern in die EU besser zu kontrollieren und in den Herkunftsländern Anreize zu setzen, diese zu unterbinden. Warum die Europäische Kommission dieses Abkommen als nachhaltig feiert, ist angesichts dieser Bilanz nicht nachzuvollziehen.

Vielmehr steht es in deutlichem Widerspruch zu der bereits erwähnten „Vision für Ernährung und Landwirtschaft.“ In dieser hebt die Europäische Kommission die hohen europäischen Standards hervor, wirbt für eine Landwirtschaft, die zu den Klimazielen der EU, gesunden Böden, sauberem Wasser und sauberer Luft sowie dem Erhalt der biologischen Vielfalt Europas beiträgt. Gleichzeitig treibt sie mit aller Macht ein Abkommen voran, das Entwaldung und den Handel von Rindfleisch befördert, also mit gutem Gewissen als klimaschädlich bezeichnet werden kann; ein Abkommen, das die Umwelt- und Gesundheitskosten für den europäischen Lebenswandel, unser Produktions- und Konsummodell in Länder des Globalen Südens auslagert. Und während Agrar- und Chemiekonzerne darauf drängen, das Handelsabkommen so schnell wie möglich unter Dach und Fach zu bringen, und schon mal den Sekt kalt stellen, laufen Bauern- und Bäuerinnenverbände, Umweltorganisationen, Verbände indigener Gemeinden, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen in der EU und dem Mercosur Sturm gegen dieses Handelsabkommen, hinter dessen grüner Fassade giftige Geschäfte warten.

Noch ist es nicht zu spät, die Ratifizierung des Abkommens zu verhindern. Derzeit beraten die Regierungen der EU über die ihnen zugesandten Dokumente und könnten am 24. November im Handelsrat dazu aufgefordert sein, abzustimmen. Bauern-

und Bäuerinnenverbände führten bereits erste Protestaktionen als Antwort auf die Fertigstellung des Abkommens am 3. September durch. Weitere werden folgen.

PowerShift e. V.

Mehr zur Kampagne:



2.5 Interview mit Thomas Fritz (PowerShift)



Thomas Fritz

Inwiefern steht das Abkommen im Widerspruch zu den von der EU mitgetragenen UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) – und was wäre aus Ihrer Sicht nötig, um es stärker daran auszurichten?

Thomas Fritz, Referent für Handels- und Investitionspolitik bei der Berliner Nicht-regierungsorganisation PowerShift: Das Abkommen enthält zwar ein Nachhaltigkeitskapitel mit teils ähnlichen Verpflichtungen wie die SDGs, etwa zu Umweltschutz, Arbeitsrechten oder Geschlechtergerechtigkeit. Doch wenn die Vertragsparteien gegen dieses Kapitel verstoßen, gibt es keine Sanktionsmöglichkeiten. Das heißt: Werden bei der Produktion von Export-

gütern Urwälder gerodet oder Gewerkschaftsrechte missachtet, können dennoch keine handelsbeschränkenden Maßnahmen ergriffen werden. Um die Umsetzung der SDGs zu fördern, müsste ein fortschrittliches Handelsabkommen daher sanktionsbewehrte Verpflichtungen zum Schutz der Umwelt sowie der Arbeits- und Menschenrechte enthalten.

Gibt es einzelne SDGs, die theoretisch durch das Abkommen gefördert werden könnten?

Eine spezifische Klausel in dem Abkommen soll bei Verstößen gegen demokratische Prinzipien und die Menschenrechte die vollständige oder teilweise Aussetzung des Vertrags ermöglichen. Die Hürden für ihre Aktivierung sind allerdings sehr hoch. Würde sie tatsächlich angewandt, etwa wenn eine autoritäre Regierung in der EU oder im Mercosur demokratische Rechte beschneidet, könnten Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit zumindest geahndet werden. Da das Handelsabkommen aber die Erreichung praktisch aller anderen SDGs behindert, kann diese Klausel allein keinesfalls seine Ratifizierung rechtfertigen.

Welche Auswirkungen hat das Abkommen auf die Ernährungssouveränität in den Mercosur-Ländern – insbesondere für indigene Gemeinschaften und kleinbäuerliche Strukturen?

Das Abkommen schwächt die Ernährungssouveränität durch Zollsenkungen und Agrarquoten, die den Import von Massengütern wie Fleisch, Soja und Agrotreibstoffen in der EU deutlich verbilligen. Das wiederum fördert den Vormarsch der exportorientierten Vieh- und Plantagenwirtschaft in indigene und kleinbäuerliche Territorien im Mercosur. Landkonflikte nehmen dadurch ebenso zu wie die Verdrängung des lokalen Anbaus von Grundnahrungsmitteln wie Reis, Bohnen und Tomaten. Zudem stärken die Vorschriften zum geistigen Eigentum die Kontrolle europäischer Konzerne über den lokalen Saatgutmarkt. Die Möglichkeit von Kleinbäuer:innen, einen Teil ihrer Ernten für Züchtung, Tausch und Wiederaussaat zurückzubehalten, wird dadurch immer stärker eingeschränkt.

Welche Handlungsmöglichkeiten haben soziale Bewegungen und die Zivilgesellschaft, um das Abkommen noch zu beeinflussen?

Da das EU-Mercosur-Abkommen bereits ausgehandelt ist, gibt es keine Möglichkeit mehr, auf seine Ausgestaltung Einfluss auszuüben. Deswegen bleibt der Zivilgesellschaft in Europa nur noch der Weg, die Ratifizierung des Abkommens im Rat der EU und im Europaparlament durch Aufklärung, Protestaktionen und Lobbyarbeit zu verhindern. Wer die Kampagne zum Stopp dieses verheerenden Handelsvertrags unterstützen möchte, findet zahlreiche Aktionsmaterialien auf der Webseite von PowerShift.



2.6 Handelsabkommen bedroht die Souveränität der Völker, die Umwelt und soziale Rechte

und schreitet weiter voran,
ohne öffentliche Debatte
(Rede Jubileu Sul Brasil)

Die Erklärung des brasilianischen Präsidenten Luís Inácio Lula da Silva am 5. Juni in Paris, in der er gegenüber dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron bekräftigte, dass er das Abkommen zwischen Mercosur und der Europäischen Union noch während seiner Amtszeit als amtierender Vorsitzender des Mercosur abschließen werde, bereitet uns Sorge und ruft die Aufmerksamkeit vieler brasilianischer und europäischer Organisationen auf sich, mit denen wir in den letzten Jahren im Dialog standen.



Das Netzwerk Jubileu Sul Brasil, Mitglied der Frente Brasileira (Brasilianischen Front) gegen das EU-Mercosur-Abkommen, sagt seit Jahren „Nein“ zu diesem Abkommen,

weil es davon überzeugt ist, dass dieser Vertrag – von den Mercosur-Regierungen ohne Transparenzmechanismen oder Konsultation der Bevölkerung dieser Länder ausgehandelt – die Souveränität verletzt, so wie wir es auch bei anderen Handelsabkommen wie der Amerikanischen Freihandelszone (FTAA/ALCA) und der Welthandelsorganisation (WTO/OMC) kritisiert haben.

Die Regierungen des Mercosur haben keine Folgenabschätzungen vorgelegt und keinen Dialog mit den betroffenen Sektoren gesucht. In Europa gibt es ebenfalls tiefgreifende Zweifel an den vorliegenden Studien, die auf Annahmen beruhen, die den Abschluss des Abkommens begünstigen, ohne die umfassenden Auswirkungen in allen Kapiteln auf Gesundheit, Ökosysteme, Arbeitswelt, Menschenrechte, Frauenrechte, bäuerliche Familienbetriebe, indigene Völker und traditionelle Gemeinschaften in Stadt, Land und Wald zu berücksichtigen. Diese Auswirkungen bedrohen Lebensweisen sowie die soziale und kulturelle Dimension dieser Bevölkerungsgruppen.

Mit dieser Haltung bestätigt Präsident Lula, dass das Abkommen weiterhin ohne wesentliche Änderungen auf der politischen Agenda steht und dass die Regierungen des Mercosur entschlossen sind, den Verhandlungsprozess abzuschließen, das Abkommen zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

Im Jahr der Klimakonferenz COP30 in Brasilien prangern wir an, dass das Abkommen aus ökologischer und klimatischer Sicht zur weiteren Zerstörung der brasilianischen Biome beiträgt – darunter Amazonas, Pantanal, Cerrado, Caatinga, Atlantischer Regenwald, Pampa sowie die Halbtrockenregion (Semiárido).

Die Abschaffung von Exportzöllen für zahlreiche landwirtschaftliche und mineralische Rohstoffe – wie Eisenerz – sowie die Erweiterung der Quoten für Fleisch, Ethanol und Zucker werden zu einer Ausweitung der Produktion und der Logistikkorridore für Viehzucht, Soja- und Zuckerrohranbau führen. Der Vormarsch des Agrobusiness bedroht die Lebensweisen und territorialen Rechte indigener und traditioneller Bevölkerungen und verstärkt die Hauptursachen für Abholzung und Brände, was die im Pariser Klimaabkommen und in den Aichi-Zielen zum Schutz der Biodiversität eingegangenen Verpflichtungen Brasiliens gefährdet.

Wir bekräftigen unser NEIN zum EU-Mercosur-Abkommen. Die Welt hat sich verändert und verändert sich weiter – doch das EU-Mercosur-Abkommen, das diese Veränderungen widerspiegeln sollte, wird weiter auf der Grundlage derselben Prämissen diskutiert. Wir bekräftigen die Notwendigkeit einer breiten gesellschaftlichen Debatte in Brasilien, so wie es vor 25 Jahren bei den Verhandlungen zur FTAA und WTO der Fall war.

Wir verurteilen weiterhin dieses EU-Mercosur-Abkommen, das schädlich ist und unsere Souveränität verletzt.

In einer Erklärung der Brasilianischen Front gegen das Mercosur/EU-Abkommen wird das Abkommen angeprangert, das „hinter verschlossenen Türen ausgehandelt und 2019 unter der Regierung Bolsonaro unterzeichnet wurde. Die Verhandlungen laufen seit 1999 und das Abkommen kann noch geändert werden. Der aktuelle Text bleibt intransparent, da er nicht öffentlich zugänglich ist. Obwohl kürzlich einige Forderungen des Mercosur aufgenommen wurden, bestehen weiterhin gravierende Probleme – insbesondere in Bezug auf den Handel und den umfangreichen Einsatz von Pestiziden, die ungleichen Beziehungen zwischen den Ländern, den Anstieg der Treibhausgasemissionen sowie die Abschaffung der Zölle auf den Export von Eisenerz, Silber und Kaolin. Das Abkommen verfestigt die historischen Ungleichheiten zwischen dem globalen Norden und Süden und trägt dazu bei, die Länder des Südens in ihrer Rolle als Rohstoffexporteure zu halten.“

Die vollständige Erklärung ist unter folgendem Link verfügbar:



Koordination des Netzwerks Jubileu Sul Brasil

Dieser Text wurde ins Deutsche übersetzt vom
EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V.

Das EU-Mercosur-Abkommen aus entwicklungspolitischer Perspektive



Das EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt
sieht das EU-Mercosur-Abkommen kritisch.
Foto: Oleksii - stock.adobe.com

Das EU-Mercosur-Abkommen gehört zu den größten bilateralen Partnerschaften, die je verhandelt wurden. Schätzungen gehen davon aus, dass es einen Wirtschaftsraum von mehr als 750 Millionen

Menschen bzw. einen einem Viertel des weltweiten BIP abdeckt.¹ Es geht um weitreichenden Zollabbau von bis zu 90% und eine verstärkte wirtschaftliche Integration². Es steht in der Tradition weiterer

¹ Vgl. Debre, Isabel / Garat Guillermo: [The EU and a South American trade bloc reach a giant trade deal after 25 years of talks](#), 06.12.2024

² Vgl. Blekinsop, Philip: [What's in the newly finalised EU-Mercosur trade accord?](#), 06.12.2024

„Mega-Abkommen“ (z. B. CETA, EU-Japan) und ist Teil eines globalen Trends der Handelsintegration - mit Protesten und Widerstand in Folge politisierter Debatten über Menschenrechte, Klima, Umwelt und Landwirtschaft.

Das geplante Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) wird bereits seit den 1990er Jahren verhandelt³. Mehrere Anläufe und Phasen, die insbesondere auch von den sehr unterschiedliche Interessen verfolgenden Regierungen je in Argentinien und Brasilien geprägt waren, führten am 28.06.2019 schließlich zu einer politischen Einigung über die Handelskomponente, das sogenannte „political agreement“⁴. Am 06.12.2024 wurden die Verhandlungen schließlich abgeschlossen⁵, nun geht es um die Ratifizierung. Dies dürfte ein ebenso langwieriger Prozess sein, da es sich um ein so genanntes „gemischtes Abkommen“ handelt, das sowohl EU-Zuständigkeit (Handel), als auch nationale Zuständigkeit (z. B. Umwelt, Investitionsschutz) betrifft. Zur Ratifizierung bedarf es daher der Zustimmung der EU-Vertretungen, der Mitgliedsstaaten und der Mercosur-Länder.

Befürworter:innen versprechen sich vom Abkommen wachsenden Handel, stärkere Wirtschaftsbeziehungen und mehr Wettbewerbsfähigkeit.

Als EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt betrachten wir das Abkommen jedoch kritisch. Aus unserer Sicht birgt es erheb-

liche Risiken für Menschenrechte, Umwelt, Klima und eine nachhaltige Landwirtschaft, sowohl im Globalen Süden als auch bei uns vor Ort. Diese Position knüpft an unser Leitmotiv *bio - regional - fair* an, das regionale Wertschöpfung, ökologische Standards und globale Gerechtigkeit miteinander verbinden will.

Ausgangslage – Globale und regionale Dimension

Das EU-Mercosur-Abkommen sieht vor, dass Zölle auf eine Vielzahl von Waren abgebaut werden. Für die Mercosur-Staaten betrifft dies insbesondere landwirtschaftliche Produkte wie Rindfleisch, Soja, Zucker und Ethanol. Für die EU geht es vor allem um den Export von Industrie- und Chemieprodukten, Maschinen, Fahrzeugen und, besonders problematisch, Pflanzenschutzmitteln, von denen viele in der EU selbst verboten sind.⁶

Auswirkungen in den Mercosur-Staaten:

- **Landkonzentration und Vertreibung:** Die erwartete Ausweitung der exportorientierten Agrarproduktion (z. B. Rinderweiden, Sojafelder, Zuckerrohr) führt oft zur Verdrängung kleinbäuerlicher Strukturen und zur Landkonzentration in den Händen weniger Agrarkonzerne. In Brasilien, Argentinien und Paraguay ist dokumentiert, dass dies häufig mit Zwangsräumungen, Gewalt gegen Landrechtsverteidiger:innen und dem Verlust traditioneller Lebensgrundlagen einhergeht.⁷

3 Am 15.12.1995 schlossen der Mercosur und die EU ein Assoziationsabkommen als Vorstufe zur Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens: [EC-Mercosur Interregional Framework Cooperation Agreement](#)

4 Vgl. European Commission - Press release: [EU and Mercosur reach agreement on trade](#), 28.06.2019

5 Vgl. European Commission: [EU and Mercosur erzielen politische Einigung über wegweisende Partnerschaft](#), 06.12.2024

6 Fritz, Thomas: [EU-Mercosur-Abkommen ante portas? Warum eine Ratifizierung verhindert werden sollte](#), 21.07.2025

7 Sosa Varroti, Andrea P et al.: [Land grabbing and agribusiness in Argentina: five critical dimensions for analysing corporate strategies and its impacts over unequal actors](#), 05.01.2023

- **Biodiversitätsverlust:** Die erhöhte Nachfrage nach Exportprodukten aus dem Mercosur kann zu einer Ausweitung der Agrarflächen in ökologisch sensiblen Gebieten wie dem Amazonas-Regenwald oder der Cerrado-Savanne führen. Studien zeigen, dass Handelsanreize den Rodungsdruck verstärken, insbesondere für Rinderhaltung und Sojaanbau, was zu massivem Verlust von Artenvielfalt, CO₂-Speichern und Ökosystemleistungen führt.⁸
- **Pestizideinsatz:** Die Exportsteigerung im Agrarsektor geht häufig mit einem erhöhten Einsatz von Pestiziden einher. In Brasilien sind zahlreiche Wirkstoffe zugelassen, die in der EU verboten sind, darunter hochgefährliche Substanzen, die mit Krebs, neurologischen Erkrankungen und Biodiversitätsverlust in Verbindung gebracht werden. Umwelt- und Gesundheitsorganisationen warnen, dass der Marktanreiz durch das Abkommen diesen Trend verstärken könnte.⁹

Auswirkungen in Deutschland und Europa:

- **Preis- und Wettbewerbsdruck:** Das Abkommen wird von vielen Landwirt:innen als eine massive Bedrohung durch unfaire Konkurrenz empfunden: Insbesondere Familienbetriebe und Bio-Betriebe fürchten, dass günstigere Importe aus Mercosur-Staaten ihre Preise unterlaufen und ihre Existenz gefährden. Durch die reduzierten Zölle ist eine erhöhte Einfuhr zu erwarten,

was den Preiswettbewerb spürbar verschärfen würde.

- **Schwächung nachhaltiger Standards** durch Importware, die unter geringeren Umwelt- und Sozialauflagen produziert wurde. Insbesondere Tierschutzvorgaben, aber auch Produktionsstandards etwa bei Zitrusfrüchten sowie der unterschiedliche Umgang mit Pestiziden sind hier zu nennen.¹⁰ Kritisch sind auch fehlende arbeitsrechtliche und gewerkschaftliche Schutzmechanismen, die insbesondere Frauen im ländlichen Raum treffen würden.¹¹

Entwicklungspolitische Bewertung

Aus entwicklungspolitischer Sicht sind Handelsabkommen dann gerecht, wenn sie Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz sowie faire wirtschaftliche Teilhabe aller Partner sicherstellen. Das EU-Mercosur-Abkommen erfüllt diese Voraussetzungen in seiner jetzigen Form nicht.

Hauptkritikpunkte:

1. **Fehlende Durchsetzungskraft von Nachhaltigkeitskapiteln:** Die vorgesehenen Nachhaltigkeitsbestimmungen sind politisch unverbindlich und rechtlich nicht einklagbar. Zwar verfügt der Abkommenstext über ein Kapitel zu „Trade and Sustainable Development“, doch es fehlt ein integriertes, einklagbares Streitbeilegungsverfahren sowie klare Sanktionsmechanismen.¹²

8 Rajão, Raoni et al.: *The rotten apples of Brazil's agribusiness*, 17.07.2020

9 Greenpeace European Unit: *EU-Mercosur: Banned pesticides found on Brazilian limes in EU*, 20.04.2023

10 Quintana, Angélica: *EU-Mercosur, an agreement with different agricultural standards*, 30.11.2020

11 Pires, Rajara: *The MERCOSUR-EU trade agreement and its impact on peasant women: Notes from Brazil*, 21.02.2025

12 Kehoe, Laura et al.: *Inclusion, Transparency, and Enforcement: How the EU-Mercosur Trade Agreement Fails the Sustainability Test*, 18.09.2020

2. Ungleiches Machtverhältnis: Das Abkommen verstärkt bestehende Machtasymmetrien: Großagrar- und Industriekonzerne profitieren überproportional vom erleichterten Marktzugang, insbesondere durch neue Importquoten und reduzierte Zölle. Kleinbäuerliche Strukturen, die weniger finanzielle und infrastrukturelle Ressourcen besitzen, geraten dadurch in große Existenznöte. Handelsliberalisierung entzieht ihnen zunehmend ihre Marktbasis.¹³

3. Klimabelastung: Das Freihandelsabkommen dürfte zu einem Anstieg des maritimen und landgestützten Güterverkehrs führen, insbesondere bei Rindfleisch, Soja und Lebensmitteln, was die Klimabilanz durch zusätzliche CO₂-Emissionen deutlich verschlechtert. Gleichzeitig prognostizieren Studien, dass die erhöhte Nachfrage nach Agrarprodukten aus dem Mercosur eine jährliche Entwaldungssteigerung von mindestens 25% verursachen könnte, was Mensch und Natur massiv bedroht und im Widerspruch zu den Zielen des Pariser Abkommens steht.¹⁴

4. Förderung problematischer Exporte: Das EU-Mercosur-Abkommen erleichtert den Export von Pestiziden, darunter Stoffe, die in der EU aufgrund ihrer Gefährlichkeit verboten sind, durch den Abbau von Zöllen der chemischen Exporte. Laut dem Pesticide Atlas der Heinrich-Böll-Stiftung entfallen rund 14 % der in die Mercosur-Staaten exportierten Pestizide auf Wirkstoffe, die in der EU nicht zugelassen sind (z. B. Atrazin,

Chlorpyrifos, Fipronil). Dieser „toxische Kreislauf“ - Pestizide werden exportiert und gelangen teils als Rückstände über importierte Lebensmittel wieder in die EU - untergräbt eine kohärente Umwelt- und Gesundheitspolitik.¹⁵

5. Globale Ungleichheiten und koloniale Kontinuitäten: Das EU-Mercosur-Abkommen reproduziert bestehende Machtasymmetrien zwischen Nord und Süd. Während europäische Industrie- und Exportinteressen privilegiert werden, verfestigen sich die Mercosur-Staaten in einer Rolle als Rohstoff- und Agrarexporteure. Dadurch entstehen Abhängigkeiten, die politische Handlungsspielräume im Globalen Süden einschränken und entwicklungspolitische Alternativen, wie die Stärkung regionaler Märkte oder agrarökologischer Produktionsweisen, schwächen. Kritiker:innen verweisen darauf, dass solche Handelsstrukturen koloniale Muster fortschreiben, indem Wertschöpfung im Globalen Norden konzentriert bleibt, während ökologische und soziale Folgekosten im Globalen Süden getragen werden müssen.¹⁶

Bio – Regional – Fair als Leitlinie

Unser Leitbild bietet einen konstruktiven Gegenentwurf:

- **Bio:** Ökologisch produzierte Lebensmittel schützen Umwelt, Biodiversität und Gesundheit.
- **Regional:** Kurze Wertschöpfungsketten

13 Hess, Amandine: [Farmers balk at prospect of EU-Mercosur free trade deal](#), 13.11.2024

14 CAN Europe: [EU-Mercosur: climate costs higher than economic benefits, new report shows](#), 18.09.2020

15 Bombardi, Larissa Mies: [Brazil: more cultivation, more pesticides, more exports](#), 18.10.2022

16 Bombardi, Larissa Mies: [The Mercosur-European Union Agreement and the New Colonialism](#), 06/2023

stärken lokale Wirtschaft und verringern Transportemissionen.

- **Fair:** Gerechte Handelsbedingungen, die Produzent:innen im Globalen Süden und im Norden existenzsichernde Einkommen ermöglichen.

Ein Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten könnte grundsätzlich auf diesen Prinzipien beruhen. Dies erfordert jedoch verbindliche und überprüfbare Standards, die im aktuellen Abkommen fehlen.

Forderungen der Arbeitsgruppe Politik

Wir fordern, dass Handelsbeziehungen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten nach folgenden Prinzipien gestaltet werden:

1. **Keine Ratifizierung des Abkommens in der vorliegenden Form.**
2. **Verbindliche Menschenrechts-, Umwelt- und Klimaschutzklauseln,** die bei Verstößen einklagbar sind.
3. **Stopp der Exporte von in der EU verbotenen Pestiziden** und anderen hochgefährlichen Chemikalien.
4. **Förderung agrarökologischer Produktionsweisen** im Mercosur und in der EU.
5. **Faire Marktchancen** für kleinbäuerliche Betriebe in allen Partnerländern.
6. **Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen** aus EU- und Mercosur-Staaten an der Ausgestaltung von Handelsbeziehungen.

Wir richten unsere Forderungen sowohl an Entscheidungsträger:innen auf europäischer als auch auf nationaler und landes-

politischer Ebene:

- Auf **europäischer Ebene** an die Mitglieder des Europäischen Parlaments, die über die Annahme des Abkommens abstimmen.
- Auf **Bundesebene** an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die im Rahmen der Ratifizierung eine Entscheidung treffen müssen.
- Auf **Landesebene** an die Landesregierung Sachsen-Anhalt, die über den Bundesrat Einfluss auf die deutsche Position nimmt. Wir erwarten, dass unsere Argumente, insbesondere zum Schutz kleinbäuerlicher Strukturen, zu ökologischen Standards und zur globalen Gerechtigkeit, in diesen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden.

Schlussbemerkung

Das EU-Mercosur-Abkommen in seiner jetzigen Form steht im Widerspruch zu entwicklungspolitischen Grundsätzen, zu Klimaschutzverpflichtungen und zu dem Ziel, nachhaltige Landwirtschaft weltweit zu fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass Handelsbeziehungen nicht allein wirtschaftlichen Interessen dienen, sondern ökologische Grenzen respektieren und soziale Gerechtigkeit fördern.

Das ENSA versteht sich als Partner im Dialog und lädt Akteur:innen aus Landwirtschaft, Zivilgesellschaft und Handel ein, gemeinsam tragfähige Alternativen zu entwickeln.

Arbeitsgruppe Politik des
EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt e. V.

Christopher Isensee
Eine Welt-Fachpromotor
„Global verantwortliches Wirtschaften
& nachhaltige Beschaffung“

Quellen und weiterführende Informationen:

Blenkinsop, Philip (2024): [What's in the newly finalised EU-Mercosur trade accord?](#) Reuters, 06.12.2024.

Bombardi, Larissa Mies (2022): [Brazil: more cultivation, more pesticides, more exports.](#) In: Pesticide Atlas 2022. Heinrich-Böll-Stiftung, 18.10.2022.

Bombardi, Larissa Mies (2023): [The Mercosur-European Union Agreement and the New Colonialism.](#) Rosa-Luxemburg-Stiftung Brussels Office, 06/2023.

Brot für die Welt - Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.; Bischöfliches Hilfswerk Misereor e. V.; PowerShift e. V. (2025): [EU-Mercosur-Abkommen ante portas? Warum eine Ratifizierung verhindert werden sollte.](#) 07/25.

CAN Europe (2020): [EU-Mercosur: climate costs higher than economic benefits, new report shows.](#) 18.09.2020.

Debre, Isabel; Garat, Guillermo (2024): [The EU and a South American bloc reach a giant trade deal after 25 years of talks.](#) AP News, 06.12.2024.

Europäische Gemeinschaft & Mercosur (1995/1996): [Interregional Framework Cooperation Agreement](#) (unterzeichnet 15.12.1995, Madrid). Amtsblatt der EU, L 69/4, 19.03.1996.

European Commission (2019): [EU and Mercosur reach agreement on trade.](#) Press release, 28.06.2019.

European Commission (2024): [EU-Mercosur - Text of the Agreement.](#)

Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland (2024): [EU und Mercosur erzielen politische Einigung über wegweisende Partnerschaft,](#) Pressemitteilung, 06.12.2024.

Deutschlandfunk (2024): [Freihandel gleich Kuhhandel? – Was das Mercosur-Abkommen bringt.](#) In: Der Tag. 06.12.2024.

Fritz, Thomas (2025): [Das EU-Mercosur-Abkommen ante portas? Warum eine Ratifizierung verhindert werden sollte.](#) PowerShift-Studie, 21.07.2025.

Kehoe, Laura; dos Reis, Tiago; dos Santos, Juliana (2020): [Inclusion, Transparency, and Enforcement: How the EU-Mercosur Trade Agreement Fails the Sustainability Test.](#) One Earth, 3 (3), 18.09.2020, S. 268-272.

Greenpeace European Unit (2023): [EU-Mercosur: Banned pesticides found on Brazilian limes in EU.](#) Press release, 20.04.2023.

HBLFA Raumberg-Gumpenstein (2025): [Mercosur – Was kommt auf unsere Landwirtschaft zu?](#) In: AGRAR Science, Folge 108, 25.02.2025.

Herrberg, Anne et al. (2025): [EU-Mercosur-Abkommen - Wirtschaftlich wichtiger denn je.](#) In: Deutschlandfunk Kultur – Weltzeit, 05.06.2025.

Hess, Amandine (2024): [Farmers balk at prospect of EU-Mercosur free trade deal.](#) Euronews, 13.11.2024.

NDR Info (2024): [Mercosur-Abkommen: nach 25 Jahren auf der Zielgeraden.](#) In: Zehn Minuten Wirtschaft, 05.12.2024.

NDR 1 Niedersachsen (2025): [Zölle, Steuern, Handels-Abkommen: Landwirtschaft und der globale Markt.](#) In: 63 Hektar - der Landwirtschafts-Podcast von NDR Niedersachsen., 23.04.2025.

Pires, Raiara (2025): [The MERCOSUR-EU trade agreement and its impact on peasant women: Notes from Brazil.](#) Via Campesina, 21.02.2025.

Powershift (2025): [EU-Mercosur-Abkommen im Endspurt: Lässt sich das giftige Abkommen noch verhindern?.](#) In: Kompass Weltwirtschaft, Folge 62, 25.05.2025.

Quintana, Angélica (2020): [EU-Mercosur – an agreement with different agricultural standards,](#) Euractiv. 30.11.2020.

Rajão, Raoni et al. (2020): [The rotten apples of Brazil's agribusiness.](#) Science, 369 (6501), 17.07.2020.

Sosa Varroti, Andrea P et al.: [Land grabbing and agribusiness in Argentina: five critical dimensions for analysing corporate strategies and its impacts over unequal actors.](#) Rev Agric Food Environ Stud, 103 (4), 05.01.2023, S. 417-437.

Theissing-Matei, Sebastian (o. J.): [EU-Mercosur: Der umstrittene Freihandelspakt einfach erklärt.](#) Greenpeace, o. J.

WDR 5 (2024): [Mercosur-Abkommen: Chance oder Katastrophe?](#) 05.12.2024.

WDR 5 (2024): [Mercosur-Abkommen: „Stabilität und Marktchancen“.](#) 06.12.2024.

4 PERSONALIEN

Neuer Eine Welt-Regionalpromotor Ost



Konstantin Gerber

Seit April 2025 verstärkt Konstantin Gerber das Team der Eine Welt-Regionalpromotor:innen. Sein Einsatzort ist die Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt. Mit dieser Aufgabe setzt er sich für die Stärkung und Vernetzung von Initiativen in Sachsen-Anhalt ein, die sich für globale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und solidarisches Miteinander engagieren.

Geboren in Berlin aber inzwischen in Sachsen-Anhalt verwurzelt, bringt Konstantin Gerber vielfältige Erfahrungen aus Bildung, Zivilgesellschaft und internatio-

ner Zusammenarbeit mit. Nach seinem Studium der Theologie und Kulturanthropologie sammelte er praktische Einblicke in Projekten der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, im Bereich Umwelt- und Klimaschutz sowie in der interkulturellen Zusammenarbeit. Besonders am Herzen liegt ihm die Frage, wie globale Herausforderungen wie Klimawandel, soziale Ungleichheit oder Migration auf lokaler Ebene konkret bearbeitet und erfahrbar gemacht werden können.

Als Regionalpromotor möchte er Brücken schlagen: zwischen Initiativen aus Stadt und Land, zwischen jungen und erfahrenen Engagierten, zwischen Kirche, Zivilgesellschaft und Politik. Dabei versteht er seine Rolle als Unterstützer und Impulsgeber – er möchte bestehendes Engagement sichtbar machen, Kooperationen anregen und Räume schaffen, in denen Ideen wachsen können.

Sein thematischer Schwerpunkt liegt in der Stärkung von Strukturen für entwicklungspolitische und demokratiefördernden Bildungsarbeit in Sachsen-Anhalt. Dabei möchte er insbesondere Fragen globaler Nachhaltigkeit, Klima- und Ressourcengerechtigkeit sowie den Beitrag lokaler Akteur:innen zu den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) in den Mittelpunkt rücken.

„Ich freue mich darauf, mit vielen Engagierten im Land ins Gespräch zu kommen und gemeinsam daran zu arbeiten, dass Sachsen-Anhalt ein Ort bleibt, an dem globale Verantwortung gelebt wird“, so Gerber.

Kontakt:

EINE WELT-REGIONALPROMOTOR OST

für die Regionen:

Saalekreis Nord, Anhalt Bitterfeld,
Lutherstadt Wittenberg, Dessau-Roßlau

Konstantin Gerber

Eine Welt-Regionalpromotor Saalekreis
Nord, Anhalt Bitterfeld, Wittenberg

Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V.

gerber@ev-akademie-wittenberg.de

+49 - (0)3491 - 4988-62

5 IMPRESSUM

Verantwortliche Redakteur:innen

Christopher Isensee

fair-wirtschaften@einewelt-lsa.de

Julia Irrling

oeffentlichkeit@einewelt-lsa.de

Thaddäus-Paul Molle

fairhandelsberatung@einewelt-lsa.de

Herausgeber

EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V.

Johannisstraße 18, 06844 Dessau-Roßlau

Tel: 0340/2 301 122

geschaeftsstelle@einewelt-lsa.de

www.einewelt-lsa.de

Satz | Layout:

Armin Stein

armi-in-stein.de

Hinweis

Die Texte wurden seitens der Redaktion an geschlechtergerechte Sprache angepasst. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit den Ansichten der Redaktion übereinstimmen.

Wenn auch Sie den Rundbrief unterstützen möchten, bitten wir um Überweisung auf das Konto des Vereins bei der Volksbank Dessau-Anhalt e.G.,
IBAN: DE 08 8009 3574 0001 2707 70
BIC-/SWIFT-Code: GENO DE 3105 1

**Vermissen Sie den Rundbrief
an bestimmten Orten?
Bitte geben Sie uns Bescheid!**

Der Rundbrief „FAIR“ wird gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des BMZ, Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland und dem Katholischen Fonds.



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Gefördert durch:

**Brot
für die Welt**

mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Wirtschaft, Tourismus,
Landwirtschaft und Forsten

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.



